

4. Zwischen Sicherheit und Unsicherheit. Zu Notwendigkeiten und Übertreibungen in der Sicherheitsdebatte

ALFRED GROSSER

›Sicherheit‹ hat viele Facetten. Zum Beispiel ist das Gefühl von Sicherheit u.a. eine Frage der Erziehung. So hat die katholische Kirche etwa jahrhundertlang Frauen zu Demut erzogen und nicht dazu, selbstsicher zu sein. Selbstsicherheit ist aber eine Voraussetzung, sich nicht allzu leicht verunsichern zu lassen.

In Frankreich sind zwei Präsidentschaftswahlen dadurch gewonnen worden, dass ein Anchorman im Fernsehen sagte: »La France a peur.« – »Frankreich hat Angst.« Die dadurch ausgelöste Verunsicherung hat politische, und zwar wahlentscheidende, Konsequenzen gehabt.

Die Frage nach der Sicherheit stellt sich aus verschiedenen Perspektiven ganz unterschiedlich, z.B. zwischen armen und reichen Menschen. Für Reiche ist u.a. die Frage interessant, wie das eigene Vermögen geschützt werden kann. Klaus Mann hat dies 1933 in einem Gedicht ausgedrückt:

Klaus Mann, Weil wir doch ALLE Hinterzieher sind

In unserm Erdteil steht es kläglich.
Man ist mit uns nicht mehr galant.
Die Steuern nehmen überhand.
Es ist schon bald nicht mehr erträglich.
Das Land, in dem man Milch und Honig schlürfte,
[...]
Da ist es hübsch und angenehm zu sein!
Der Flüchtling findet hilfsbereite Hände.
Er kauft sich ein.
Kann so was sein?
Jawohl: in Liechten – meinem Liechtenstein.
Da liegt das Land in hochrentablem Frieden,

Wo mich nichts stört und peinigt und verdrießt.
 Und wer den Eintritt aufbringt, der genießt,
 Und nichts wie Fröhlichkeit ist ihm beschieden.
 Woanders: Zähneklappern und Geschlotter -
 Doch auf der Alm da gibt' s kein Sünd,
 Weil hier doch ALLE Hinterzieher sind.
 [...]

Sicherheit in Klaus Manns Sinne beginnt damit, sichere Orte für steuerhinterzogenes Geld zu suchen. Ein anderer Ausdruck des Strebens nach Sicherheit von Reichen ist die in Amerika noch viel stärker als in Deutschland oder Frankreich ausgeprägte Selbstgettoisierung in gut überwachten Wohnvierteln, in sogenannten *gated communities*. Das führt dazu, dass in Frankreich die Polizei nicht mehr primär für Ordnung sorgt, sondern vielmehr präsent ist, um wohlhabendere Viertel von ärmeren Vierteln abzuschirmen. So entsteht der Eindruck, dass Bertolt Brechts alte Formel gilt: »Wo nichts am rechten Platz liegt, da ist Unordnung. Wo am rechten Platz nichts liegt, ist Ordnung.«¹ Viele Tausende Jugendliche leben in Vororten, in denen Ordnung und Sicherheit keine Bestandteile des täglichen Lebens mehr sind.

Ein Teil des fehlenden Sicherheitsgefühls in der ärmeren Bevölkerung gründet heute in der Angst vor Arbeitslosigkeit. Erstaunlicherweise wird heute die Zahl von drei Millionen Arbeitslosen als niedrig betrachtet. Es handelt sich jedoch um drei Millionen Menschen und ihre Familien, die in Not leben und denen materielle Sicherheit fehlt. In den USA sind Millionen Menschen nicht krankenversichert. Und in der Finanz- und Wirtschaftskrise haben auch hierzulande zahlreiche Betriebe Zeitarbeiter entlassen, die deshalb keine Sicherheit genießen, eben weil sie Zeitarbeiter sind. Gegen diese darin begründeten und berechtigten Gefühle der Unsicherheit hilft keine Technologie – hier ist die Politik gefragt.

Auf der Ebene der internationalen Beziehungen ist die Frage der Sicherheit ein zentrales Problem. Die französische Geschichte nach 1919 z.B. ist eine Geschichte der Suche nach Sicherheit. Die *ligne maginot* wurde aufgrund der historischen Erfahrungen gebaut. Sicherheit war zwar das Ziel französischer Politik, aber gerade dies hat verhindert, dass man über die notwendigen militärischen Mittel verfügte, um Hitler entgegenzutreten zu können. Panzer zur Verteidigung waren vorhanden, aber keine Antwort auf die deutschen Panzer. Die NATO wurde gegründet zum Schutz Frankreichs, Belgiens und Großbritanniens gegen die Sowjetunion. Dies ist auch dank der atomaren Bewaffnung weitgehend gelungen.

Heute wird oft vergessen, dass im *Europa der 27* nicht alle Länder das selbe Verständnis von Sicherheit teilen. In Polen oder in den baltischen Staaten ist mit dem Begriff Sicherheit vor allem *Sicherheit vor Russland* gemeint. Unterschiedliche Sichtweisen treten ebenfalls zu Tage, wenn

1 | Brecht, Bertolt, Flüchtlingsgespräche 1940/41.

es darum geht, zu definieren, wer eigentlich der Feind ist. Während der Präsidentschaft von George W. Bush wurden mehr Feinde produziert als bekämpft. Ebenso kann der Iran anders betrachtet werden, als es beispielsweise Israel tut.² Israel beruft sich auf den Begriff der Sicherheit, um Gegner zu bekämpfen und durch eine Mauer um Palästina neue Territorien zu gewinnen. ›Unsicherheit‹ wird hier zu einem Begriff des Vorbeugens und der Vergeltung umdefiniert. Dies entspricht nicht notwendigerweise echten Sicherheitsbedürfnissen. Ein echtes Sicherheitsbedürfnis berührt dagegen der Terrorismus.

Im Zusammenhang mit dem Terrorismus sollte vor einer übertriebenen Juristerei in Deutschland gewarnt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat im Vergleich mit dem politischen Terrorismus der 1970er Jahre seine Rechtsprechung geändert. Im Jahr 1977 hat Helmut Schmidt gewonnen, als das Bundesverfassungsgericht der Klage der Familie Schleyer – »man muss den Entführern nachgeben« – nicht entsprochen hat. Das Bundesverfassungsgericht hatte damals geurteilt, dass es sich um eine politische Entscheidung handelt und um keine juristische. Heute aber vertritt das Bundesverfassungsgericht die Auffassung, dass die Frage, ob ein entführtes Flugzeug abgeschossen werden darf, eine Frage des Rechts ist und daher das Flugzeug nicht abgeschossen werden darf. Wenn eines Tages ein entführtes Flugzeug ein Atomkraftwerk bedroht, ist jedoch fraglich, wie sich der Innenminister verhalten wird. Helmut Schmidt hat jedenfalls zur Rettung Hamburgs vor der Sturmflut 1962 Polizei und Bundeswehr zu Hilfe gerufen. Die deutsche Diskussion zum Bundeswehreininsatz im Inneren ist in der Tat ambivalent. Einerseits wird der Terrorismus als ein internationales Problem betrachtet. Andererseits dürfen Soldaten nicht, wie in Frankreich, an Bahnhöfen den Schutz von Reisenden gewährleisten. Wenn der Terrorismus jedoch international ist, löst sich der Unterschied zwischen Bundeswehreinätzen im Inneren und Bundeswehreinätzen im Ausland auf.

Das Dilemma lässt sich an einem Zitat des ehemaligen Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts Winfried Hassemer verdeutlichen, der in der Süddeutschen Zeitung vom 11. Juni 2008 beklagt hat: »Das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit hat sich eindeutig zugunsten der Sicherheit verändert.« Es gibt jedoch auch Stimmen, die sagen: »Mehr Sicherheit bedeutet auch mehr Freiheit.« Die Antwort des Verfassungsrichters darauf: »Das kann ich nicht verstehen.« Wolfgang Schäuble hat sich dazu in der ZEIT vom 19. Juli 2008 folgendermaßen geäußert: »Beide Werte, Freiheit und Sicherheit, müssen immer wieder neu, je nach den sich ändernden äußeren Bedingungen, ins Gleichgewicht miteinander gebracht werden.« Was heißt jedoch »ins Gleichgewicht miteinander bringen«? In der Innenpolitik Wolfgang Schäubles

2 | Siehe dazu bspw. Bertram, Christoph, Partner, nicht Gegner. Für eine andere Iran-Politik, Hamburg: Edition Körber-Stiftung 2008.

war das Gleichgewicht ein bisschen zugunsten der Sicherheit verschoben worden.

Sicherheit ist notwendig und wird auch gewährt. In einer Fernsehdiskussion vor einigen Jahren sagte mir Daniel Cohn-Bendit, »in einer Demokratie braucht man die Polizei, um die Schwachen zu schützen.« So steht es auch in den französischen Grundrechten von 1789, aber ich kann nur fragen, »Daniel, hätten Sie das 1968 gesagt?« – »Nein, gewiss nicht, aber seitdem habe ich gelernt.« Man braucht die Polizei als Freund und Helfer, auch wenn sie nicht immer so auftritt. In Frankreich zeigen zahlreiche Zwischenfälle eine bedenkliche Fehlentwicklung auf. Meine Söhne haben das, als sie noch jünger waren, demonstriert. Sie zogen eine Krawatte an, um in der U-Bahn nicht kontrolliert zu werden. Trugen sie nur Hemd und Jeans, erfolgte bald eine Polizeikontrolle. Das ist demütigend für alle, die kontrolliert werden, und für alle, die auf Polizeirevieren entgegen den Vorschriften brutal behandelt und gedemütigt werden. Vieles von dem, was in französischen Gefängnissen und Polizeirevieren geschieht, ist das Gegenteil von Sicherheit. Dies bedeutet nicht, dass die Polizei nicht auch kooperativ ist. Sie arbeitet beispielsweise in Jugendfragen mit Sozialarbeitern, mit Schulen und anderen Akteuren zusammen. Aber dennoch: die Überschreitungen werden immer drastischer.

In Frankreich sollte kürzlich ein neues Informationssystem eingeführt werden: *Edvige* – »Exploitation documentaire et valorisation d'information générale – Dokumentarische Nutzung und Auswertung allgemeiner Informationen«. Dahinter verbirgt sich eine Kartei für jede natürliche oder juristische Person, die ein politisches, gewerkschaftliches oder wirtschaftliches Mandat anstrebt, ausübt oder ausgeübt hat. Jede Person ab 13 Jahren wird erfasst, ebenso wie jede Gruppe oder Organisation, die fähig sein könnte, die öffentliche Ordnung zu gefährden.

Dieser Plan hat heftigen Widerstand provoziert. Aufgrund des Protests von 700 Vereinen und Verbänden, des Verteidigungsministers und der Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes wurde das Vorhaben grundlegend geändert. Es bestehen folgende Möglichkeiten zur Korrektur, wenn elementare Regeln nicht respektiert werden, wenn z.B. jeder, der in der Politik oder in der Wirtschaft ein Mandat ausübt, überwacht werden soll mit Daten, die auch sein Privatleben oder seine Religion betreffen, was in Frankreich strikt verboten ist. In Frankreich darf man nur in zwei Fällen nach seiner Religion gefragt werden: im Krankenhaus und beim Militär. Wenn man stirbt, soll man einen Geistlichen rufen. Im Fall von *Edvige* sollte zum ersten Mal auch die Religionszugehörigkeit erfasst werden, wahrscheinlich um Muslime besser beobachten zu können. Dieser Punkt wurde nun korrigiert.

Überwachung ist ein altbekanntes Phänomen. Helmut Schmidt berichtete am 11. Juli 2008 in der ZEIT in einem Interview zur Spiegel-Affäre, dass zu dieser Zeit der FDP-Politiker Wolfgang Döring³ Gespräche

3 | Nordrhein-westfälischer FDP-Politiker (1919-1963).

mit ihm immer begann mit »Helmut, lassen Sie uns erst einmal all die kleinen Schweinchen begrüßen, die hier mithören.« Zwei Grundregeln des Grundgesetzes werden jedoch immer wieder verletzt. Artikel 16 ist so verändert worden, dass das Grundrecht auf Asyl beinahe vollständig weggefallen ist. Die zweite Regelung ist Artikel 13, der Schutz der Wohnung. Dieser wird durch die ausufernde Abhörpraxis immer weniger gewährleistet.

Die gegenwärtigen Verhältnisse sind nicht so, wie sie beispielsweise in dem auch in Frankreich populären Film »Das Leben der Anderen« für die DDR dargestellt wurden. Aber es war dennoch notwendig, dass das Bundesverfassungsgericht am 28. Februar 2008 entschieden hat, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht auch ein »Grundrecht auf die Gewährleistung der Vertraulichkeit und der Integrität der informationstechnischen Systeme«⁴ umfasst. Um dieses Grundrecht außer Kraft zu setzen, müssen Tatsachen festgestellt werden, die eine Gefahrenprognose begründen. Die Definition einer Gefahrenprognose ist diffizil und erinnert an die Diskussion über Berufsverbote in den 1970er Jahren. Damals wurden Prognosen erstellt, ob junge Menschen gute Demokraten würden, während gleichzeitig zahlreiche erwiesene ehemalige Undemokraten in der höheren Verwaltung tätig waren. Ein Instrument wie eine Gefahrenprognose sollte vorsichtig gehandhabt und auf wirklich relevante Dinge beschränkt werden.

Überwachungsmaßnahmen finden auch Zustimmung. In Frankreich existiert z.B. eine Gen-Datenbank für Straftäter. Die Frage ist, bei welchen Straftaten die Schwelle zur Aufnahme in diese Datenbank angelegt wird. Es wird diskutiert, jeden, der irgendein Vergehen begangen hat, in dieser Datenbank zu registrieren. Dadurch sind wir in unserer Gesellschaft in einer sehr merkwürdigen Lage: Einerseits gibt es eine Sicherheitsobsession, andererseits aber eine Vernachlässigung von Sicherheit. Ein Beispiel für die Obsession ist die Entwicklung, dass in Frankreich Klassenausflüge so gut wie nicht mehr stattfinden können. Es fehlt entsprechend ausgebildetes Personal, so dass im Interesse der Sicherheit derartige Aktivitäten kaum noch angeboten werden. Und auf Kinderspielplätzen verschwinden immer mehr Spielgeräte, da sie keine 100-prozentige Sicherheit aufweisen. Gleichzeitig wird aber auch international die Sicherheit vernachlässigt. Frankreich wird in den nächsten 20 Jahren für durch Asbest ausgelöste Krebserkrankungen die höchsten Entschädigungssummen zu bezahlen haben, die je bezahlt worden sind. Kanada hat dagegen erreicht, dass Asbest von der Liste der gefährlichen Stoffe gestrichen wird – Kanada ist Asbest-Produzent.

Ein weiteres Beispiel, das ebenfalls die Gesundheit betrifft, ist die Produktwerbung. Die Werbung darf alles sagen, auch wenn es vielleicht nicht der Wahrheit entspricht. Lebensmittel enthielten Vitamine und andere gesunde Sachen, diese oder jene Creme ließe 71,3 Prozent der Falten

4 | BVerfG, 1 BvR 370/07 vom 27.2.2008, Absatz-Nr. (1-333).

verschwinden. Vielleicht gibt es bessere Mittel, um jung zu bleiben, aber das ist nicht wesentlich. Die Gesundheit ist deshalb in Gefahr, weil es nicht möglich ist, die Werbung zu unterbrechen, von der auch die Medien abhängen. Eigentlich sollte die Sicherheit des Verbrauchers über der Kontrolle der Werbung stehen. Aber die Werbung wird nicht kontrolliert und kann nicht kontrolliert werden. Auf der einen Seite gibt es das Vorsorgeprinzip und auf der anderen so etwas wie eine Nichtkontrolle. Ein ähnliches Phänomen kann auch in Umweltfragen beobachtet werden. Bisweilen sollen Maßnahmen beschlossen werden, um die potenziell schädlichen Auswirkungen einer Substanz zu vermeiden, auch wenn es keinen wissenschaftlichen Beweis für einen kausalen Zusammenhang zwischen Emission und Auswirkung gibt. Wenn etwas verboten werden soll, obwohl nicht bewiesen ist, dass es schädlich ist, aber schädlich sein könnte, handelt es sich um ein Totschlagargument. Mit diesem Prinzip des »Nicht-Beweis-führen-brauchen« können viele Produkte sehr weitgehend verhindert werden.

Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass das Verhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit womöglich komplizierter ist als gedacht. Auch wenn eine Sache als Wahrheit anerkannt wird, muss man doch oft feststellen, dass auch das Gegenteil nicht ganz falsch ist. Wir benötigen mehr Sicherheit und auch die dazu notwendigen Mittel. Vor Übertreibungen sollten wir uns jedoch hüten.